

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Befreiungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postbefreiung entgegen. — Erhalten wertvoll. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Verantwortlich: Dr. Johannes...
Verlag: ...
Postfach-Nr. 1000

Telegramm: Kegelblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 218

Freitag, den 16. September 1932

27. Jahrgang

Hindenburg ruft die Jugend auf

Erlaß des Reichspräsidenten über die körperliche Ausbildung der Jugend — Partei und Reichsverfassung

Berlin, 14. Sept. Die Pläne, welche schon seit langem nach der Richtung bestanden, die mannigfaltigen Vereinigungen, welche sich der körperlichen Ausbildung der Jugend widmen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, haben nunmehr ihren organisatorischen Abschluß gefunden. Der Herr Reichspräsident hat unter dem 13. September 1932 folgende von dem Herrn Reichkanzler und dem Herrn Reichsminister des Innern gegenzeichneten Erlaß an den Reichsminister des Innern gerichtet:

„Die deutsche Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. Seit Jahren habe ich daher mit besonderer Anteilnahme alle Bestrebungen verfolgt, die ihrer körperlichen Erziehung gälten. Die Stärkung des Körpers, die Erziehung der Jugend zur Tugend, Ordnungsliebe und Kameradschaft und zur Opferbereitschaft für die Gesamtheit sind Aufgaben, deren sich anzunehmen der Staat die Pflicht hat.

Ihre Lösung wird in der Zusammenarbeit mit allen Vereinigungen verschiedenster Art erfolgen können: die schon bisher sich diesem Wert an der deutschen Jugend gewidmet haben, und denen ich für diese Arbeit danke.

Um für die Zukunft alle Kräfte, denen die körperliche Erziehung der deutschen Jugend am Herzen liegt, zu gemeinsamer und einheitlicher Arbeit zusammenzufassen, rufe ich hiermit ein Reichskuratorium für Jugendberück-sichtigung.

Ich bestelle den Reichsminister des Innern zu seinem Vorsitzenden und den General der Infanterie a. D. Edwin von Stälpnagel zum geschäftsführenden Präsidenten.

Ich beauftrage den Reichsminister des Innern, geeignete Persönlichkeiten, die auf diesem Gebiete besondere Erfahrungen besitzen, als Mitglieder des Kuratoriums zu berufen, mir die Vorschläge zur Genehmigung vorzulegen und alle Maßnahmen zur Durchführung dieses Erlasses im Benehmen mit den sonst beteiligten Reichsministerien zu treffen.

Gen. v. Hindenburg, Gen. v. Papen, Gen. v. Gayl.“

Das mit diesem Erlaß berufene Reichskuratorium für Jugendberück-sichtigung soll nicht in die Freiheit der bereits bestehenden Verbände eingreifen oder zu den Stellen, die die Förderung von Turnen und Sport sich schon bisher zur Aufgabe gemacht haben, in irgendwelchen Gegensatz bringen. In dem neuen Reichskuratorium für Jugendberück-sichtigung sollen vielmehr Vertreter derjenigen Verbände zusammengefaßt werden, die — mögen sie auf beruflicher oder politischer oder konfessioneller Grundlage organisiert sein — der körperlichen Erziehung der Jugend ihre Auf-



General a. D. Edwin von Stälpnagel, der geschäftsführende Präsident des Kuratoriums.



Reichsminister des Innern, der Vorsitzende des Kuratoriums.

merksamkeit zugewandt haben oder zugewandt werden. Diesen Verbänden soll ihre Arbeit vor allem dadurch erleichtert werden, daß geeignete Lehrkräfte herangebildet werden, die in der Lage sind, eine auch wirklich wertvolle Ausbildung zu vermitteln.

Zu dem Erlaß des Reichspräsidenten wird von zuständiger Stelle erklärt, daß über den Betrag von 1,5 Millionen RM., die im Etat für die Jugendberück-sichtigung vorgesehen sind, keine weiteren Mittel zur Verfügung stehen. Es ist nicht beabsichtigt, irgendeinen Verband, der schon bisher in ähnlicher Weise gearbeitet hat, zum Grundstock für die Aufgaben des Reichskuratoriums zu machen, sondern alle Verbände, die gewillt sind und die Gewähr dafür bieten, entsprechend den Richtlinien für die Jugendberück-sichtigung zu arbeiten, sollen zu den Aufgaben herangezogen werden, ohne daß ihr Eigenleben in irgendeiner Weise gestört werden soll.

Wie wir erfahren, ist der zum geschäftsführenden Präsidenten des Reichskuratoriums berufene General der Infanterie Edwin von Stälpnagel zuletzt Kommandeur des Wehrkreises IV in Dresden gewesen. Es handelt sich nicht um den General Stälpnagel, der nach seinem Austritt aus der Reichswehr in die Leitung der „Berliner Börsenzeitung“ eingetreten ist.

Unter diesen Umständen ist die Entscheidung über die weitere preussische Entwicklung nicht vor nächster Woche zu erwarten.

Hindenburg bleibt fest

Die Antwort auf das Schreiben des Reichspräsidenten Berlin, 14. Sept. Das gestrige Schreiben des Herrn Reichspräsidenten an den Herrn Reichspräsidenten ist durch den Staatssekretär des Reichspräsidenten mit folgendem Brief beantwortet worden:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 13. September 1932 zu bestätigen. Unter Hinweis auf sein gestern an Sie gerichtetes persönliches Schreiben läßt Ihnen der Herr Reichspräsident mitteilen, daß die nach Uebergabe der Aufstellungssorder vom Reichstag noch gefaßten Beschlüsse verfassungswidrig und somit gegenstandslos sind. Der Herr Reichspräsident beabsichtigt daher nicht, aus diesen Beschlüssen Folgerungen zu ziehen.

Überwachungsausschuß als Untersuchungs-ausschuß

Berlin, 14. Sept. Der Überwachungsausschuß des Reichstages zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung hat sich sozusagen in Permanenz erklärt. Da die Verfassung ihm das Recht eines Untersuchungsausschusses verleiht, hat er sich heute auf kommunistischen Antrag hin auch als solcher konstituiert, in der Hoffnung, nunmehr Zeugen vernahmen und auch den Reichkanzler und andere Mitglieder der Regierung vor sein Forum laden zu können. Der Antrag ging zunächst von bayerischer Seite aus, wurde aber dann in der Erkenntnis, daß dadurch der bestehende

Reichstagspräsident Goering verwahrt sich in seinem zweiten Erlaß an den Herrn Reichspräsidenten vom 13. September dagegen, daß die Reichsregierung die Parteien nicht als vollgültige Repräsentanten des deutschen Volkes anerkenne. Er behauptet, daß die Organisation des politischen Lebens verfassungsmäßig parteimäßig ihren Ausdruck findet und daß die politische Willensbildung der Nation sich verfassungsmäßig nur durch Parteien dokumentieren könne. Eine Reichsregierung, die die politischen Parteien ausschalte oder vernichte, handle gegen Geist und Sinn der deutschen Reichsverfassung. In informierten Kreisen stellt man demgegenüber fest, daß diese Behauptung im trassen Widerspruch zu Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung steht. Die Verfassung kennt nicht nur keine Parteien, sondern verurteilt sogar im Artikel 180 deren Einfluß auf die Staatsgeschäfte (die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei). Vor allem aber bestimmt Artikel 21, daß die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden sind. Abgeordnete, die diesem Grundsatze nicht entsprechen, sondern sich dem Befehlen verfassungsmäßig nicht verantwortlicher Parteiführer unterstellen, sind also nicht Vertreter des ganzen Volkes und handeln gegen die Verfassung. Parteien oder Parteikoalitionen, die sich als selbständige Herrschaftsgebilde zwischen Regierung und Volk einschalten, sind verfassungswidrig. Ein Reichstag, der in festorganisierte Parteien aufgespalten ist, kann daher nicht den Anspruch erheben, legaler und einheitlicher Repräsentant des Volkswillens im Sinne der Verfassung sein. Er vermag nur der Regierung gegenüber den einander beispähen Willensäußerungen im Volke Ausdruck zu geben. Verfassungsmäßiger Vertreter des ganzen Volkes ist jedoch der Reichspräsident, der sich überdies durch seinen besonderen Verfassungsauftrag zum Dienste an der Gesamtheit des Volkes ausdrücklich verpflichtet hat, während die Unverantwortlichkeit der parteigebundenen Abgeordneten schon darin in Erscheinung tritt, daß diese keinen derartigen Eid zu leisten haben.

Konflikt verschärft würde, zurückgezogen, von kommunistischer Seite wieder aufgenommen und mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten angenommen.

In Kreisen der Reichsregierung nimmt man zunächst eine abwartende Stellung zu diesem Vorgang ein. Unter Umständen dürfte sich aber, wie erklärt wird, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht umgehen lassen. Die Regierung streift man auf dem Standpunkt, daß bevor die Rechtslage nicht eindeutig geklärt ist, ein Erscheinen der Minister im Überwachungsausschuß nach vor nicht in Frage kommt und daß auch die Festsetzung der Wahltermins von dieser Klärung der Rechtslage abhängt ist. — An zuständiger Reichsstelle wird weiter erklärt, daß Vertreter der Reichsregierung vor diesem Ausschuß, sollte sie zitiert werden, erst dann erscheinen würden, wenn völlige Klarheit darüber bestehe, daß die noch vorhandenen Organ des Reichstages der nächsten Wahlperiode die von dem Reichspräsidenten vor den Bestimmungen vollzogene Auflösung des Reichstages und die darüber hinaus für die Reichsregierung sich ergebende staatsrechtliche Stellung anerkennen würden.

Die Frage der Reichsbahnaufträge

Berlin, 14. Sept. Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat in einer Eingabe an die Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn die große Arbeitslosigkeit der deutschen Eisenwirtschaft dargelegt und nachgewiesen, daß der große Auftragsmangel hauptsächlich auf die Zurückhaltung der öffentlichen Hand zurückzuführen ist. Im Interesse einer besseren Beschäftigung der deutschen eisenschaffenden Industrie und zahlreicher Zweige der Verarbeitung macht der Verein den Vorschlag, daß unverzüglich ein großer und langfristiger Beschaffungsplan der Reichsbahn aufgestellt wird.

Bänderbesprechungen über Steuer-gutsgeldern

Berlin, 14. Sept. Wie wir erfahren, sind am Freitag vormittag im Reichsarbeitsministerium Besprechungen mit den Vertretern der Länderregierungen über sozialpolitische Fragen aus der Rohwertschöpfung zur

Das Reichskabinett berät

Was wird in Preußen?

Berlin, 14. Sept. Das Reichskabinett ist heute vormittag um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, die der Besprechung der politischen Lage gilt. Ein Berliner Mittagsblatt vermutet, daß dabei bereits der Termin der Neuwahlen festgesetzt wird. Diese Auffassung wird in unterrichteten Kreisen jedoch bezweifelt. Man nimmt vielmehr an, daß die Reichsregierung zunächst die weitere Entwicklung abwartet, ehe sie den Zeitpunkt der Wahl bestimmt. Als aussichtsreichstes Datum gilt weiter der 6. November. In der heutigen Kabinettsitzung wird natürlich vor allem auch der Briefwechsel mit dem Reichspräsidenten besprochen. Der Kanzler hat hierüber eine Reihe von Unterredungen mit dem Reichspräsidenten gehabt. Es besteht auf der Seite der Reichsregierung nicht die Absicht, ihn fortzusetzen, man betrachtet ihn vielmehr als abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit der Lage im Reich wird die Frage in Preußen in der Öffentlichkeit viel besprochen und zwar deshalb, weil manche Kreise vermuten, daß der Kampf gegen die Reichsregierung über Preußen fortgesetzt werden wird. Wir glauben zu wissen, daß die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum auch in Preußen vorläufig ruhen. Dieser Tage wird zunächst der Vorstand der nationalsozialistischen preussischen Landtagsfraktion zusammentreten, und dann wird man sich entscheiden, ob die Besprechungen wieder aufgenommen werden sollen mit dem Ziel einer schnellen Wahl des preussischen Ministerpräsidenten oder ob man aus wahl-taktischen Gründen es für richtiger hält, vorläufig gar nichts zu unternehmen. Die Ueberlegungen des Zentrums dürften sich auf der gleichen Linie bewegen.